

10.32

Bundeskanzler Mag. Christian Kern: Meine Sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, habe ich die Angewohnheit, hier nicht mit einer geschliffenen Rede aufzutreten, sondern zu versuchen, ein paar Punkte anzusprechen, die, wie ich glaube, für unsere gemeinsame Arbeit sehr wichtig sein könnten. Ich hoffe, dass wir nachher Gelegenheit haben werden, das eine oder andere auch noch gemeinsam zu diskutieren.

Wir haben in den vergangenen Wochen in einem – englisch ausgedrückt würde man Jump Start sagen – sehr kurzfristigen Start versucht, die Zusammenarbeit neu zu ordnen und gemeinsam mit dem Herrn Vizekanzler ein paar wichtige Punkte und Projekte zu definieren, um die wir uns in den nächsten Wochen und Monaten kümmern wollen. Aus meiner Sicht ist natürlich eine entscheidende Voraussetzung, mit einer sauberen Analyse zu beginnen; und die Analyse, in der wir uns gefunden haben, umfasst ein paar Punkte, die man sich anschauen muss. (*Vizepräsidentin **Winkler** übernimmt den Vorsitz.*)

Zunächst einmal wissen wir, dass wir auf dem Arbeitsmarkt und auf der Beschäftigungsseite ein großes Thema haben. Wir wissen zwar – und das haben wir gestern gelernt –, dass die Zahl der Jobs und die Beschäftigung wachsen, aber wir sehen auch, dass wir es aufgrund struktureller Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt mit einer weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit zu tun haben; und die Prognosen verheißen, dass das auch im nächsten Jahr so weitergehen wird. Das ist inakzeptabel, und ich denke, dass wir uns auch in diesem Punkt in der Analyse treffen, wenn wir sagen, das ist der größte Skandal in einer Gesellschaft, dass sie Arbeitslosigkeit zulässt.

Das zweite Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist, dass wir in den letzten acht Jahren in sechs Jahren Reallohnverluste für die Menschen im Land hatten. Das produziert eine bestimmte Stimmung, und die brauche ich Ihnen nicht zu schildern; Sie kennen die Situation. Es entsteht der Eindruck, dass das Gefühl, dass es die Möglichkeit gibt, in unserer Gesellschaft aufzusteigen, sich mit ehrlicher Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen und letztendlich auch den Kindern eine Perspektive zu schaffen, heute nicht mehr so verbreitet ist, wie dies eigentlich der Fall sein sollte.

Daraus resultiert – das ist auch ganz wichtig, weil das eine der Folgeerscheinungen ist –, dass wir es in unserer Wirtschaft auch mit einem Nachfrageproblem, mit einem Konsumproblem zu tun haben. Wir sehen, dass wir da jüngst eine positive Entwicklung haben, die durch zwei Dinge getragen ist: die Steuerreform und den Zustrom von

Flüchtlingen sowie die damit verbundenen Ausgaben. Daraus sollte man aber noch nicht die Gewissheit ableiten, dass wir das Problem damit gelöst haben.

In diesem Zusammenhang ist auch Folgendes zu erwähnen: Wir haben insbesondere auf der Investitionsseite in unserem Land die Situation, dass wir da definitiv unbefriedigende Investitionsquoten haben. Wir sehen das im öffentlichen Bereich, wir sehen das sehr stark beim Thema Wohnbau, wir sehen es noch stärker, wenn es darum geht, private Investitionen zu motivieren. Das hat mit Vertrauen zu tun. Insbesondere bei Großinvestitionen ist es für Unternehmen natürlich wichtig, dass sie eine stabile, positive Entwicklung erwarten dürfen, damit sie viel Geld in die Hand nehmen, um Projekte zu realisieren.

Ich würde noch zwei Themen hinzufügen wollen, bei denen ich möglicherweise mit dem Herrn Vizekanzler nicht ganz einer Meinung bin; aber das macht ja nichts, manchmal muss man die Dinge auch ausdiskutieren, wenn sie sozusagen unterschiedliche Einschätzungen ermöglichen. Der Internationale Währungsfonds hat in den letzten Tagen einen Bericht veröffentlicht, in dem er ganz massiv auf die Themen Vermögensverteilung und Ungerechtigkeit hingewiesen hat. In diesem Bericht wurde festgehalten, dass die zunehmende Ungleichheit auch eine erhebliche Wachstumsbremse ist. Da geht es nicht nur um eine soziale Frage, sondern da geht es auch grundsätzlich um die Frage, wie Wohlstand verteilt wird.

Sie wissen ja, dass es in Österreich so ist, dass 5 Prozent der Menschen so viel wie die restlichen 95 Prozent besitzen. Logischerweise halte ich das grundsätzlich noch für keinen Skandal, aber da geht es natürlich auch darum, sich dann mit der Frage auseinanderzusetzen, was die Beiträge der einzelnen Gruppen und Wohlstandsklassen in unserem Land sind.

Wenn man diese Analyse heranzieht, dann sind es fünf Felder, von denen wir gesagt haben, wir wollen folgendermaßen darauf reagieren, wobei Sie sehen werden, dass alle diese fünf Punkte in einer gewissen Weise miteinander zusammenhängen:

Der erste Punkt betrifft natürlich Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Das ist ganz wichtig, wir müssen versuchen, das in den Griff zu bekommen, das ist unser Thema Nummer eins. Wir wollen Investitionen im öffentlichen und im privaten Bereich fördern. Das ist unser Ziel. Und ich kann Ihnen sagen, ich bin gestern bei der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels gewesen. Das ist ein faszinierendes Projekt, nicht nur weil es so eine gewaltige Ingenieurleistung ist, sondern weil dahinter sozusagen nicht nur der Transport im Mittelpunkt steht, sondern auch der Punkt, dass da mit öffentlichen

Investitionen Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, Märkte zu nutzen, Produkte zu entwickeln und Exporterfolge zu feiern.

Man muss wissen, dass dieser Gotthard-Basistunnel, auch wenn er sich auf Schweizer Boden befindet, eine absolut österreichische Erfolgsgeschichte ist, denn das Projekt hat ungefähr 10 Milliarden € gekostet, und über 2 Milliarden € sind an Aufträgen an österreichische Unternehmungen vergeben worden. Mit Schienen aus der Steiermark, Weichen aus der Steiermark, Leittechnik aus Niederösterreich – FREQUENTIS –, unseren großen Baufirmen, von Porr über STRABAG bis zur damaligen ALPINE, haben wir überall einen Teil des Kuchens bekommen. Da sieht man, dass man, wenn man es richtig macht und öffentliche Investitionen mit privaten Unternehmen und Sektoren verknüpft, tatsächlich massive Wohlstandseffekte generieren kann.

Wichtig ist uns aber auch, dass wir generell ein Umfeld schaffen, das Investitionen ermöglicht – auch auf der privaten Seite, ich habe es betont. Da haben wir eine Zielgruppe ganz besonders im Auge, das sind Start-up-Unternehmen und Neugründungen, die ich für besonders wichtig halte, weil da eine Dynamik entsteht, bei der es um die Frage geht, welche wettbewerbsfähigen Unternehmen wir in Zukunft haben. Diese muss man fördern, denen muss man den Rücken stärken, da wird es auch viele positive Jobentwicklungen geben. Eines ist aber auch klar: Dort haben wir natürlich ein ganz spezifisches Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen haben – das trifft wieder den Arbeitsmarkt –, das ist die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Das ist etwas, was wir naturgemäß so nicht akzeptieren können, weil die langfristigen Auswirkungen im sozialen Bereich, wenn jemand permanent in die unfreiwillige Selbstständigkeit gedrängt wird – Pensionsversicherung et cetera –, natürlich erheblich sein werden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Wir werden das in einer Art und Weise tun, die möglichst viele Interessengruppen umschließt. Das betrifft natürlich die Länder in einem ganz besonderen Maß – da sind Sie hier die hervorragendsten Vertreter –, das betrifft aber auch die Oppositionsparteien, wir haben gesagt, diese wollen wir intensiv in diesen Dialog mit einbeziehen, und das wird natürlich auch die Sozialpartner betreffen, die da ja eine Vielzahl von Vorschlägen und Konzepten entwickelt haben. Das ist mir auch deshalb wichtig, weil wir in diesem Land mit Sicherheit nur dann vorankommen können, wenn wir gemeinsam versuchen, Probleme zu lösen, und nicht gegeneinander arbeiten. Wenn man gegeneinander arbeitet, ist man relativ bald dort, wo unsere französischen Kollegen in diesen Tagen angekommen sind.

Neben Arbeitsmarkt und Wirtschaft ist das zweite große Thema Bürokratie, Verwaltung, Deregulierung, wenn man so will, im weitesten Sinne. Wir haben in diesem Bereich, glaube ich, viele Möglichkeiten, vor der eigenen Haustür zu kehren, insbesondere auch was die Bundesverwaltung betrifft. Ich habe das Beispiel mit Schönbrunn zitiert. Das ist an sich eine Erfolgsgeschichte, aber wenn man sich dann ansieht, wie das geführt wird, gibt es doch einige Fragezeichen. Sie wissen, das Finanzministerium verwaltet die Beteiligung, Kollege Mitterlehner mit dem Wirtschaftsministerium die Gebäude, Kollege Rupprechter ist für die Gärten zuständig; und ich habe mit größtem Erstaunen festgestellt, dass die Wagenburg zum Bundeskanzleramt ressortiert. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Ich würde meinen, da haben wir die Möglichkeit, sozusagen einige Vereinfachungen herbeizuführen – und das ist wahrlich nicht das einzige Beispiel.

Wir sind etwa auch übereingekommen, uns mit der Gewerbeordnung zu beschäftigen und uns auch mit der Frage der Registrierkassenpflicht für Feuerwehreffeste und gemeinnützige Vereine zu beschäftigen, wo es möglicherweise noch Spielräume gibt, das eine oder andere Ärgernis aus der Welt zu schaffen, und Effizienzsteigerungen in vielen anderen Bereichen, etwa bei den Sozialversicherungen, auch noch ins Auge zu fassen.

Bildung – das dritte Thema, ganz wichtig, das brauche ich Ihnen nicht zu schildern –: Ohne Investitionen in diesem Bereich werden wir unsere Zukunft verspielen. Da geht es natürlich um die Frage unserer mittelfristigen Wohlstandsentwicklung, da geht es aber auch wieder um Gerechtigkeit und Chancengleichheit, weil wir nicht akzeptieren können, dass Kinder aufgrund ihres Vornamens, des Zufalls, in welchem Bezirk sie geboren wurden, oder des Umstandes, ob ihre Eltern bereit sind, sie zu fördern, die Chance haben, in unserer Gesellschaft etwas zu erreichen, oder nicht.

Innovation, Forschung und Entwicklung, Technologie: Der vierte Punkt ist ein ganz wesentlicher Punkt. Ich habe schon versucht, das anhand des Gotthardtunnels zu definieren. In Österreich gibt es hervorragende Industriezweige. Wir haben den Pharmacluster, wir haben Life Sciences, wir haben den Automotive-Sektor in der Steiermark, Metallurgie zum Beispiel, Energietechnik, Umwelttechnik. Unser Ziel muss es sein, ganz gezielt und konsequent Stärken weiter zu stärken und so auch erstklassige Positionen für unsere Unternehmen zu erreichen.

Dann gibt es einen fünften Punkt, der uns in diesen Tagen durchaus beschäftigt hat, das ist das Thema Integration und Sicherheit. Ich denke, es ist Ihnen auch aufgefallen, dass es hier eine maßgebliche Initiative gegeben hat, einerseits vonseiten der Justiz,

andererseits vonseiten der Polizei, was den Umgang mit Drogenkriminalität betrifft. Ich bin sehr froh und habe das mit dem Herrn Bundesminister für Inneres intensiv diskutiert, dass wir in relativ kurzer Zeit beim Vorgehen gegen diese Art von Kriminalität, die natürlich in keiner Art und Weise auch nur irgendwie akzeptabel ist, schon bedeutende Fortschritte erzielt haben. Die Polizei hat da einen hervorragenden Job gemacht, und es gilt, da dranzubleiben und insbesondere auch der Bevölkerung das Gefühl zu geben, dass Sicherheit und Ordnung in Österreich jedenfalls nicht im Zweifel stehen.

Integration und Sicherheit sind zwei Begriffe. Sicherheit ist ein Schwerpunkt, wir werden uns auch bemühen, Kollegen Sobotka durch intelligente Umschichtungen entsprechend mehr Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns aber natürlich auch insbesondere mit der Frage der Asylpolitik und der Integration auseinanderzusetzen. Diese Diskussion ist ja eigentlich eine vergleichsweise einfache Diskussion, auch wenn vielleicht in den letzten 24 Stunden da oder dort der Eindruck erweckt wurde, dass es hier eine Art Verwirrung oder Komplexität gibt.

Aus meiner Sicht ist das eine ziemlich einfache Geschichte, es geht nämlich um Folgendes: Die Bundesregierung hat, wie Sie wissen – ohne mein Zutun, das war noch vor meiner Zeit – einen Asylgipfel abgehalten und eine Vereinbarung abgeschlossen. Diese Vereinbarung ist aus meiner Sicht auf Punkt und Beistrich einzuhalten, da gibt es überhaupt keine Diskussion; Sie haben es ja mehrfach betont und immer wieder erwähnt. Allerdings plädiere ich sehr dafür, dass diese Vereinbarung von **allen** Seiten auf Punkt und Beistrich eingehalten wird und dass wir uns ganz besonders bei dieser sensiblen Frage und gerade an diesem Tag – Sie wissen, was in den letzten Stunden passiert ist – auch wirklich an den Text der Vereinbarung halten.

Der Text der Vereinbarung sagt ganz klar, dass es um 37 500 Fälle geht, die zum Asylverfahren zugelassen werden sollen. Also wir reden nicht über irgendwelche Hausnummern, sondern am Ende des Tages über eine präzise Zahl, die das Innenministerium vorzulegen hat, um Transparenz zu schaffen. Herr Bundesminister Sobotka hält ja in diesen Minuten eine Pressekonferenz ab, bei der er diese Zahlen vorlegen wird, und Sie werden sehen, das wird eine Bestätigung dessen sein, was wir erklärt haben.

Was für mich bei dieser ganzen Geschichte auch ganz wichtig ist: Bei der Interpretation dieser Vereinbarung sollten wir uns keine Spielräume und Unsicherheiten erlauben. Ich sehe das, sage ich Ihnen, als Thema, bei dem man mit größter Vorsicht vorgehen muss und bei dem es keinen Sinn macht, Horrorbilder zu

zeichnen. Also ich bin, ehrlich gesagt, kein Freund davon, einen Notstand zu konstruieren, wo kein Notstand vorliegt. Das ist das schlechteste Feld für parteipolitische Taktik.

Ich kann Ihnen sagen, unser Ziel kann es nur sein, mit Ruhe und Unaufgeregtheit an die Themen heranzugehen und Probleme zu lösen, denn wohin Hass und Respektlosigkeit führen, das haben wir bei diesem Thema am Beispiel Altenhofen und dem brennenden Flüchtlingsheim (*Vizekanzler Mitterlehner: Altenfelden!*) – pardon, Altenfelden – gesehen. Du weißt (*in Richtung von Vizekanzler Mitterlehner*), ich komme aus der Wirtschaft, und Althofen ist ein wichtiger Chemiestandort. (*Ruf bei der ÖVP: Er kommt aus Oberösterreich! – Heiterkeit.*) – Okay, dein Homecamp, Mühlviertel. Das war jetzt aber keine Anschuldigung, nicht, dass sich da wieder jemand äußern muss.

Das ist der Punkt, um den es geht. Diesem Hass und der Respektlosigkeit müssen wir entschieden entgegentreten. Da haben wir Verantwortung, und ich kann nur an alle appellieren, sich hinzusetzen und die Probleme in aller Ruhe zu analysieren. (*Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.*)

Die Probleme sind ja relativ einfach definiert. Da geht es ja gar nicht so sehr um die Frage: Ist man ein besonderer Menschenfreund oder hat man eine andere Sicht darauf?, sondern da geht es auch wieder um relativ klare, objektive Faktenlagen. Wenn es uns nicht gelingt, die Menschen, die nach Österreich kommen, ordentlich zu integrieren, an unsere Arbeitsmärkte heranzuführen, ihnen Sprachkurse zur Verfügung zu stellen, Unterkünfte zu schaffen, Kapazitäten in den Schulen aufzubauen, damit die jungen Leute dort betreut werden können, ja was wird dann die Konsequenz sein? – Dann werden wir sie alle auf der Straße, in den Parks haben, dann werden wir Obdachlosigkeit produzieren. Es glaubt doch niemand ernsthaft, dass dadurch irgendetwas besser würde. Wenn man jungen Menschen keine Perspektive gibt, dann ist es logisch, dass man sie in Blödheiten und Kleinkriminalität treibt.

Deshalb ist es eine gemeinsame Verantwortung, bei diesem Thema alles zu tun, damit die Menschen, die nach Österreich kommen, auch eine entsprechende Perspektive in unserer Gesellschaft bekommen. Wenn uns das nicht gelingt, dann wird uns auch der größte und höchste Zaun nicht helfen, denn letztendlich geht es da um Verzweifelte, die einen Weg suchen werden, und wir werden es nicht verhindern können – niemand kann das! – und diesen Zustrom nicht auf null reduzieren können.

Ich sage deshalb noch einmal: Wir müssen uns beim Integrationsthema stärker anstrengen. Ich finde es sehr positiv und in gewisser Weise auch bezeichnend, dass

das bislang ein Thema gewesen ist, bei dem die Sozialpartner beauftragt gewesen sind, einen Vorschlag zu machen. Ich glaube aber, dass wir, die Regierung, nicht warten können, bis die Sozialpartner da einen Vorschlag machen, denn das ist unsere **unmittelbare** Verantwortung. Wenn wir uns vor dieser drücken und davonmachen, dann haben wir etwas Grundsätzliches nicht verstanden. Dass wir aber die Sozialpartner dann bei der Lösung auch dieser Frage brauchen, ist ohnehin völlig logisch.

Integration, zweiter Punkt: Wir haben bei dieser Debatte gesehen, dass manche gemeint haben, bei den Zahlen, die da genannt worden sind – die aktuelle Zahl für 2016 wird, wie gesagt, gerade vom Innenminister veröffentlicht –, muss man die Dublin-Fälle hineinrechnen, denn die bleiben uns ja ohnehin irgendwie, die werden wir nicht los. – Ich sage: Das können wir nicht akzeptieren! Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Natürlich haben wir eine moralische Verpflichtung, Menschen vor dem Ertrinken auf offener See zu bewahren, und wir haben eine moralische Verpflichtung, Menschen davor zu bewahren, dass sie bei Inanspruchnahme von Schlepperbanden in Lkws auf unseren Straßen ersticken, aber wir haben keine Verpflichtung, Menschen davor zu bewahren, einen Asylantrag in ihrem Erstankunftsland innerhalb der Europäischen Union zu stellen.

Deshalb muss es unser Ziel sein, Dublin-Fälle auch entsprechend zu behandeln und dafür zu sorgen, dass es möglich ist, mit unseren Nachbarländern Vorkehrungen zu treffen, dass diese Fälle dort auch entsprechend bearbeitet werden und wir das so schnell hinbekommen, dass die Sechsmonatsfrist, die da relevant ist, auch tatsächlich eingehalten werden kann. Das ist eine große Aufgabe für die österreichische Diplomatie; auch da müssen wir uns mehr anstrengen. Wir können das nicht zur Kenntnis nehmen!

Dasselbe gilt für die Rückführungsabkommen. Ich habe gestern mit der Schweizer Justizministerin eine lange Diskussion gehabt, sie hat mir erklärt, wie die Schweizer das machen. Die Deutschen haben mit Marokko ein Abkommen geschlossen. – Ja, ich weiß, dass das schwierig ist, dass das nicht von heute auf morgen geht, dass das einen großen Aufwand bedeutet, aber es kann doch keine Perspektive sein, zu sagen: Wir bauen riesige Mauern, und das wird unsere Probleme lösen!, denn das wird es nicht tun. Wenn wir in diesen Bereichen keine Lösungen finden, dann werden wir Folgeprobleme produzieren.

Ich kann auch da sagen, wenn es den deutschen Diplomaten gelungen ist, da Lösungen vorzubereiten, dann muss das unser Vorbild sein, dann müssen wir uns

daran orientieren, und da müssen wir alle Kräfte einsetzen, damit das gelingt. Da können wir nicht sagen, dass die EU halt anders tickt oder dass wir ein kleines Land sind, sondern dann erwarten die Menschen, dass wir etwas tun, und darum haben wir uns zu kümmern! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Es gibt einen dritten Punkt, neben der Integration sowie der Durchsetzung des Dublin-Abkommens und der Rückführung: die Thematik, wie lange die Asylverfahren dauern. Ich muss dazusagen, dass wir diesbezüglich Fortschritte machen. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass der Innenminister mit größter Aufmerksamkeit an diesem Thema arbeitet, die Dinge in eine richtige Richtung bewegt, dass wir uns da deutliche Verbesserungen erwarten dürfen. Das ist eindeutig. Ich komme aber wieder zum Beispiel Schweiz, wo ich gestern war: Die Schweiz hat sich ein Ziel gesetzt, das deutlich ambitionierter ist als unseres.

Ich glaube, auch da gilt wieder dasselbe, was ich vorhin gesagt habe: Wir müssen uns an den Besten orientieren. Wir müssen uns an Problemlösungen orientieren. Wir können es nicht akzeptieren, dass Sechsmonatsfristen verstreichen und wir dann sozusagen unsere Probleme vergrößern. Wir können nicht akzeptieren, dass Leute teilweise zwölf Monate auf ihr Erstinterview im Asylverfahren warten. Daran kann niemand Interesse haben, und deshalb muss es unser Ziel sein, die Asylverfahren weiter zu beschleunigen, den Weg, den positiven, den richtigen Weg zu verstärken und fortzusetzen.

Dann gibt es einen weiteren Aspekt, das ist die Internationalität dieses ganzen Themas. Logisch ist, in Österreich, auf der Insel der Seligen, werden wir bei dem Versuch, die Themen anzugehen, nicht entscheidend weit kommen; deshalb brauchen wir den internationalen Kontext. Und ja, natürlich ist es so, dass mit der Türkei Diskussionen über Demokratie, Menschenrechte geführt werden – völlig berechtigte Diskussionen, die wir übrigens auch mit anderen Ländern konsequent zu führen hätten, wie ich meine. Dieser Türkei-Deal ist für uns aber essenziell wichtig, denn wenn Sie sich die Zustromraten nach Zentraleuropa anschauen, dann ist glasklar, dass die Maßnahmen auf der Balkanroute natürlich etwas gebracht haben, der Türkei-Deal aber ein entscheidender Punkt dabei war. Das jetzt kleinzureden oder zu sagen, wir haben da ein Problem, das uns irgendwie sozusagen nicht genehm ist und deshalb wenden wir uns jetzt davon ab, ohne dass wir eine Lösung zu bieten haben, das wäre ein fataler Fehler, denn eine Antwort darauf, wie wir uns dann, wenn diese Tore und Schleusen aufgehen, retten, hat mir noch niemand geben können.

Deshalb ist das Gegenteil wichtig, nämlich dass wir diesen Deal als Vorbild nehmen und versuchen, mit weiteren Ländern, insbesondere in Nordafrika, Stichwort Libyen, Ähnliches zuwege zu bringen. Der italienische Ministerpräsident hat völlig zu Recht gesagt, dass es kein Weg ist, Menschen auf dem Meer zu retten, wir haben uns bereits auf dem Festland zu kümmern und dementsprechend vor Ort zu investieren und Lösungen zu suchen.

Dann gibt es noch einen Punkt: Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, wie man diese ganze Asylthematik werten muss. Es gibt welche, die mit der Entwicklung zufriedener sind, aber wirklich restlos zufrieden ist in diesem Zusammenhang niemand, denn wir haben da Aufgaben, die wir noch nicht gelöst haben; ich habe versucht, das zu skizzieren. Und genau an dieser Stelle müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir den Zustrom regulieren. Das ist ja logisch, weil wir aufpassen müssen, dass wir unsere Gesellschaft nicht überfordern. Es ist auch völlig klar, dass wir nicht jeden aufnehmen können, darüber brauchen wir ja gar nicht zu diskutieren. Wir müssen uns aber stärker anstrengen, da die wirklichen Probleme zu lösen, und dafür brauchen wir auch Zeit; deshalb brauchen wir eine Regulierung des Zustroms.

Ich kann in diesem Kontext nur eines sagen: Wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wann wir sogenannte Notmaßnahmen brauchen, sollten wir auch sehr sorgfältig abwägen, wann der Punkt gekommen ist, an dem wir unsere Gesellschaft wirklich überfordern. Und ich kann nur an alle in der Politik, in den Medien appellieren, da keine Zuspitzung zu betreiben, denn ich sage Ihnen, der Weg zu einem brennenden Flüchtlingsheim ist kürzer, als wir alle glauben. Das haben wir gelernt.

Es gibt noch einen Aspekt: Wenn wir uns vor die Bevölkerung stellen und sagen: Das ist die Maßnahme, mit der wir das Problem endgültig lösen können!, und das dann wieder nicht funktioniert, wer hat denn dann etwas gewonnen? Ich glaube, dann würden wir in dieser Fragestellung das letzte Vertrauen restlos verspielen. Deshalb ist auch ganz klar, dass das, wenn wir solch einen Weg gehen, auch juristisch passen muss. Dann können wir nicht sagen, wir machen da jetzt irgendetwas, und das fliegt uns dann innerhalb kürzester Zeit um die Ohren, sondern das erfordert eine gewisse Sorgfalt. Auch da wiederum gelten Sachargumente immer mehr als die politische Pointe, irgendein Tweet oder eine Meldung auf Facebook. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war ein ernstes Thema. Sie entschuldigen hoffentlich die Intensität, mit der ich versucht habe, unseren Standpunkt klarzumachen. Was mir in unserer gesamten Zusammenarbeit aber wichtig ist, ist

Folgendes: Wir haben in diesem Land eine gemeinsame Verantwortung und Sie als Vertreter der Länder eine ganz besondere, denn Österreich hat eine föderale Verfassung. Und mir ist völlig klar: Jeder, der sich hinstellt und eine einfache Problemlösung suggeriert – welches Thema auch immer es betrifft –, wird sehr schnell zu der Einschätzung kommen, dass wir hier einen gemeinsamen Diskussionsprozess, einen gemeinsamen Entscheidungsprozess brauchen. Das gilt für die Oppositionsparteien im selben Ausmaß wie für die Sozialpartner und andere Interessengruppen, zum Beispiel die Zivilgesellschaft in unserem Land.

Ich möchte meine Hand ausstrecken. Ich darf Sie bitten, das Angebot anzunehmen. Wir werden uns öfter sehen, auch in diesem Rahmen, wir werden Gelegenheit haben, gemeinsam zu diskutieren. Und ich kann Ihnen sagen, wenn Sie ein Problem, eine Sorge haben, eine bessere Problemlösung sehen oder mit uns suchen wollen, ich bin in jeder Hinsicht offen, das zu tun. Am Ende – und das ist die Erkenntnis, die ich aus der Wirtschaft mitgenommen habe – sind einsame Entscheidungen nie so gut wie Entscheidungen, die man gemeinsam diskutiert und durchgedacht hat. In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit. – Danke. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

10.55

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen.

Es sei mir gestattet, die Bundesräte außer Dienst Mag. Taucher und Perhab herzlich bei uns zu begrüßen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Nunmehr erteile ich Herrn Vizekanzler Dr. Mitterlehner zur Abgabe der Erklärung zur Regierungsumbildung das Wort. – Bitte, Herr Vizekanzler.